

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/88

Bad Godesberg, den 11. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ergänzttes Instrumentarium der Wirtschaftspolitik</u>	101

Zur Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes

3	<u>Kein Grund zum Alarm</u>	36
---	-----------------------------	----

Zu den Pariser NATO-Beschlüssen

4	<u>Befremdet und empört</u>	45
---	-----------------------------	----

Dänemark und der Staatsstreich in Griechenland

5 - 6	<u>Moskau im Mittelmeer-Raum wieder aktiv</u>	96
-------	---	----

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

+ + +

Ergänzt Instrumentarium der Wirtschaftspolitik

Zur Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes

rd - Mit bedeutend weniger Widerstand als erwartet worden war, hat der Bundestag das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verabschiedet. Die öffentliche Diskussion hatte zuvor erkennen lassen, daß es zwei feindliche Lager der Wirtschaftspolitiker gab. Das eine trat für unmittelbare Belebung der Konjunktur und besonders staatlich gefördertes, maßvolles, stetiges Wachstum der Wirtschaft ein. Das andere aber hält eine mäßige Krise - zu deutsch "Rezession" - für den der Marktwirtschaft konformen Prozeß der Selbstreinigung und Gesundung.

Hinter dieser so theoretisch anmutenden Frontstellung steht im ersteren Falle: kontinuierliches Wachstum bei voller Beschäftigung und staatliches Bemühen um ein stabiles Preisniveau, sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stabile Währung. Aber das setzt aktive Wirtschaftspolitik voraus. Im zweiten Falle droht: eine möglichst "temperierte", d.h. auf Dauer durchgehaltene, mäßige Arbeitslosigkeit, zur Dämpfung von Lohnforderungen und damit angebliebenen Kostensteigerungen in der Wirtschaft, sowie Abbau überschüssiger Produktionskapazitäten durch Insolvenzen und Konkurse. Nur die kapitalstärkeren Unternehmen oder solche, die sich durch Zusammenschlüsse eine stärkere Machtposition erzwingen haben, würden bei dieser Politik überleben.

Der Bundestag hat sich, entgegen allen Erwartungen sogar mit Zustimmung der FDP, für Wirtschaftspolitik entschieden; für eine Wirtschaftspolitik, die bei der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates selbst beginnt. Mehr als ein Viertel des Sozialproduktes, also der Produktion wie der Nachfrage in unserer Wirtschaft, geht durch die öffentliche Hand. Die letzte Entscheidung über diesen Milliarden-Strom ist und bleibt auch künftig den vielen autonomen öffentlichen Körperschaften überlassen. Doch hat der Bundestag gestern, in Abänderung des Artikels 109 des Grundgesetzes, nicht nur die Bundesregierung, sondern auch Länder und Gemeinden auf Grundsätze einer konjunkturgerechten Haushaltswirtschaft und mehrjährigen Finanzplanung verpflichtet.

Nunmehr können, zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, durch Bundesgesetz und mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Kreditaufnahme von Gebietskörperschaften und Zweckverbänden erlassen werden. Ebenso können Bund und Länder gesetzlich zur Haltung unverzinslicher Guthaben bei der Deutschen Bundesbank - Konjunkturausgleichsrücklage - verpflichtet werden. Diese Rücklage soll dazu dienen, in Zeiten der Hochkonjunktur öffentliche Ausgaben zu dämpfen und bei abklingender Konjunktur die öffentlichen Aufträge zu erhöhen, um neue Anregungen zu geben. Doch vor und über diese unmittelbare konjunkturelle Einwirkung der Bundesregierung auf die Haushalte der öffentlichen Hände ist die parlamentarische Kontrolle gesetzt. Solche Eingriffe bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und können auf Einspruch des Bundestages aufgehoben werden.

Dieses neue Instrumentarium der Wirtschaftspolitik hat nur noch wenig Ähnlichkeit mit dem Entwurf der früheren Regierung der Kleinen Koalition, der lediglich vorsah, die öffentliche Haushaltspolitik, insbesondere die Etats der Länder und Gemeinden, den konjunkturpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung anzupassen. Darüber hinaus enthielt

gener Entwurf den Versuch, mit dem dirigistischen Mittel der Kreditplafondierung auch die private Wirtschaft zu einem konjunkturgerechteren Verhalten zu zwingen. Das wurde sowohl von der Wirtschaft als auch von den Sozialdemokraten als dirigistisch abgelehnt. Gegen diesen Widerstand verzichtete dann auch Bundesbankpräsident Blessing auf diese von der Bundesbank gestellte Forderung.

Das nun verabschiedete Gesetz, dessen Hauptleitlinien den 17 pointierten Forderungen der Sozialdemokraten zum damaligen "Stabilitätsgesetz" weitgehend entsprechen, enthält statt des Dirigismus im staatlichen und privaten Bereich nur Elemente der Globalsteuerung. Ihre Instrumente sind: der Jahreswirtschaftsbericht mit Zielprojektionen, das Prinzip der konzertierten Aktion, die sich auf zwei Ebenen abspielt - Abstimmung der Tarifpartner mit den Zielen der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik der Regierung, sowie Abstimmung der öffentlichen Haushalte untereinander auf die Ziele der Konjunkturpolitik - des weiteren außenwirtschaftliche Absicherung, Errichtung eines Konjunkturrates und schließlich parlamentarische Kontrolle der konjunktursteuernden Eingriffe der Regierung.

Wie das Gesetz aus dem unmittelbaren Anlaß des konjunkturellen Abschwungs geboren wurde, so enthält es auch, neben den oben erwähnten mittelbaren Instrumenten für eine Wirtschafts-, Struktur- und Konjunkturpolitik, unmittelbar wirkende Instrumente zur Wiederbelebung der Konjunktur. So kann die Bundesregierung ab 1969 im Falle konjunktureller Abschwächung durch einfache Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates ein unmittelbares Steuergeschenk von 7,5 Prozent der Anschaffungskosten für Investitionen machen, die von der Steuerlast abgesetzt werden können. Sie kann aber auch Einkommens-, Körperschafts- und Lohnsteuer aus konjunkturpolitischen Gründen für ein Jahr um 10 Prozent erhöhen oder senken. Sie kann weiterhin Sonderabschreibungen, sowie die investitionsfördernde degressive Abschreibung vorübergehend oder teilweise ganz aussetzen. Und sie kann neuerdings auch die Termine für Steuervorauszahlungen - veranlagte Einkommens- und Körperschaftsteuer - vorziehen und damit Liquidität der Unternehmen abschöpfen, also evtl. Übernachfrage beseitigen. Der Grundsatz antizyklischer Haushaltspolitik schließlich gibt ihr mit der Grundgesetzänderung die Handhabe, in Zeiten übermäßigen Aufschwungs und hohen Steueraufkommens, öffentliche Nachfrage stillzulegen - Konjunkturrücklage - oder Schulden zu tilgen.

Natürlich ist dieses in einjähriger Beratung entstandene Gesetz ein Kompromiß, der nicht alle Elütenträume einer aktiven Wirtschaftspolitik reifen ließ. In der Hand von Wirtschaftspolitikern des "laissez-aller" wäre es entweder überflüssig oder es könnte auch zur Keule werden, wenn man zuvor die Entwicklung bis zur Krise treiben ließ. Die Anlage des Gesetzes zeigt jedoch, daß seine Initiatoren den Willen haben, das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte im Niveaustand und Abstimmung aufeinander aufrechtzuerhalten. Das Ziel bleibt, wie im Paragraphen 1 des Gesetzes programmiert, die Aufrechterhaltung eines stetigen, maßvollen, wirtschaftlichen Wachstums, bei voller Beschäftigung, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und stabilem Preisniveau. Es will die Freiheit der Individuen im Markt und in der Marktwirtschaft erhalten wissen, die ihre Grenzen in sozialer Verantwortung nur dort zu sehen haben, wo sie die individuelle Freiheit und soziale Sicherheit der übrigen Marktpartner beschränken.

Kein Grund zum Alarm

Zu den Pariser NATO-Beschlüssen

sp - Aller Voraussicht nach dürfte es noch vor Beginn der Parlamentsferien zu einer Parlamentsdebatte über die Verteidigungspolitik der Bundesregierung kommen. Das Bedürfnis ist da. Wie steht es künftig mit der Sicherheit der Bundesrepublik? Diese bewegende Frage beschäftigt viele angesichts entscheidender Veränderungen in der NATO-Struktur. Den vom NATO-Rat mit Zustimmung des Verteidigungsministers Schröder erfolgten Teilabzug amerikanischer und britischer Truppen werden auch in der Bundesrepublik stationierte Teileinheiten von belgischen und kanadischen Truppen folgen.

Manche sehen im Abzug dieser Einheiten ein alarmierendes Anzeichen, ja, sie zeigen sich entsetzt, wie der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Herr Zimmermann. Aber weder zum Alarm noch zum Entsetzen besteht ein Anlaß. Die Verdünnung der westalliierten militärischen Präsenz in der Bundesrepublik kommt ja nicht als eine Überraschung, kommt nicht von ungefähr; sie ist der Niederschlag einer der neuen Situation angepaßten militärischen Doktrin, die sich einfügt in die Bemühungen der Politiker, im Verhältnis zum Osten die Politik der Entspannung fortzusetzen. Alles, was der Entspannung dient, was sie fördert und was die Furcht vermindert, kann dem deutschen Interesse nur dienlich sein.

Die Entspannungspolitik bedingt auch einen Wandel der strategisch-militärischen Konzeption. Er hat schon lange bei der Führungsmacht der NATO stattgefunden, nur haben ihn nicht alle bemerkt. Der Auftrag, der Frieden zu bewahren, den Völkern die Tragödie einer Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zu ersparen, in auftauchenden Spannungssituationen nicht gleich die allerstärksten Waffen einzusetzen, schließt eine starre, nicht mehr korrigierbare Sicherheitspolitik aus. Sie muß flexibel sein und bleiben. Wer sich zum Gefangenen eines Dogmas macht, begibt sich der Entscheidungsfreiheit.

Diese gar nicht mehr neuen Einsichten, begleitet von Veränderungen im militär-strategischen Denken innerhalb der NATO, werfen für die Sicherheit der Bundesrepublik viele Fragen auf. Welche Stellung und welcher Auftrag kommen der Bundeswehr im Rahmen der gewandelten Auffassungen über die Strategie zu? Verteidigungsminister Schröder wird sich in der zu erwartenden Bundestagsdebatte über die Sicherheitspolitik etwas klarer und deutlicher ausdrücken müssen, als er es in einem Artikel im SÜDLICHEN getan hat.

Befremdet und empört

Dänemark und der Staatsstreich in Griechenland

sp - Nicht nur die dänische Öffentlichkeit, sondern auch die Kopenhagener Regierung unter Staatsminister Jens-Otto Krag, ist befremdet und empört über die Vorgänge in Griechenland. Sicher spielt dabei das Gefühlmoment hinein, die Gattin des Königs der Hellenen ist Tochter des dänischen Königs. Aber ganz sicher sind die Dänen deshalb empört, weil man in Griechenland Parteien verbot, Politiker einsperrte, die Verfassung außer Kraft setzte und eine demokratisch legitimierte Regierung davonjagte.

Koch immer sind die Demonstrationen in Kopenhagen nicht abgeebbt. Inzwischen nehmen die Völkerrechtsargumente an Gewicht zu. Da geht es um die Verpflichtungen, die Griechenland eingegangen ist, als es im Oktober 1951 dem Nordatlantik-Vertrag beitrug. Damit erkennt Griechenland nämlich die Präambel des Vertrages vom April 1949 an, worin es heißt, die Signatarmächte sind entschlossen, "die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten".

Das also ist es, was in Dänemark die Erregung hervorgerufen hat. Ein Staat, der sich verpflichtet, diese Werte zu verteidigen, darf sie nicht im eigenen Lande auf dem Wege des kalten Staatsstreichs außer Kraft setzen. Die griechische Militärregierung hat vor diesem Hintergrund ihre Glaubwürdigkeit vor allem in Dänemark verloren, wo die Postulate der Menschenrechte bei jedem Bürger ein hohes Gewicht haben.

Der sozialdemokratische Regierungschef von Dänemark, Krag, der zugleich Außenminister ist, hatte seinen NATO-Botschafter Hjorth-Nielsen angewiesen, im NATO-Rat gegen die Vorgänge in Griechenland in aller Form durch die Abgabe einer Erklärung zu protestieren. Der griechische NATO-Vertreter Christian Kantos Palamas bezeichnete das als eine "unannehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes". Daraufhin ließ Dänemark allen 14 NATO-Delegationen des Nordatlantischen Rates die Erklärung schriftlich zustellen. Sie hat folgenden Wortlaut: "Die jüngste Entwicklung in Griechenland hat in Dänemark tiefen Eindruck gemacht. Der dänische Staats- und Außenminister hat bei mehreren Gelegenheiten der ernststen Sorge der Regierung und des dänischen Volks über die Beseitigung der Demokratie und der verfassungsmäßigen Freiheitsrechte in einem Lande, mit dem Dänemark in mehrfacher Beziehung verbunden ist, öffentlich Ausdruck verliehen. Die dänische Regierung hofft, daß der gegenwärtige Zustand nur von kurzer Dauer ist und daß die vielen Menschen, die aus politischen Gründen gefangen genommen und deportiert wurden, schnellstens freigelassen werden. Die Regierung hofft darüber hinaus, daß Griechenland baldigst zu freien und demokratischen Verhältnissen zurückkehrt. Die dänische Regierung hält es für außerordentlich wichtig, daß der Wille der NATO, über die demokratischen Ideale zu wachen, nicht in Zweifel gezogen werden kann."

Moskau im Mittelmeer-Raum wieder aktiv

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

Eine zeitlang ließen alle sowjetischen Diplomaten die Politiker im östlichen Mittelmeer-Raum wissen, daß sie an Ruhe und Stabilität interessiert seien, weil ihre Regierung in erster Linie mit den komplexen China und Vietnam beschäftigt sei. Dies scheint sich jetzt zu ändern, und der Sekretär der KP der Sowjetunion, Breschnew, verließ einer neuen Linie auf der Tagung der kommunistischen Parteien in Karlsbad Ausdruck: "Die sechste amerikanische Flotte, die noch zwanzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg im Mittelmeer-Raum operiert, muß von dort verschwinden. Sie ist eine höchst gefährliche Bedrohung des Friedens", erklärte Breschnew, und seine Worte ließen die Völker des Mittelmeer-Gebietes aufhorchen.

Breschnews Worte kamen nicht von ungefähr, sie wären keine rhetorische "Moment-Leistung" sondern sie hängen mit einer Neueinschätzung der politischen Situation im östlichen Mittelmeer und in der arabischen Welt zusammen. Israels Ministerpräsident Eschkol hatte kurze Zeit vorher in einem Interview mit der bekannten amerikanischen Zeitschrift "US News and World Report" die Erwartung ausgesprochen, daß die sechste Flotte Israel zu Hilfe kommen werde, wenn Israel von den arabischen Staaten angegriffen werden sollten. Eschkol sagte damit an sich nichts Neues, er berief sich nur auf die berühmte Erklärung des Präsidenten Kennedy, daß die Vereinigten Staaten in einem Konfliktfall im Mittleren Osten stets dem Angegriffenen zu Hilfe kommen würden, d.h. unter Umständen auch den Arabern, wenn Israel der Angreifer sein sollte. Die sechste Flotte kam schon einmal zu Hilfe, und ihre Intervention im Libanon ist unvergessen, als die Unabhängigkeit dieses prowestlich eingestellten Staates bedroht erschien.

Arabische Polemiken

Arabische Nationalisten wollten jedoch die "israelische Seite" des Kennedy-Hilfsversprechens nicht zur Kenntnis nehmen, und in den arabischen Zeitungen Ägyptens und Syriens begann eine heftige Polemik gegen den israelischen Präsidenten Eschkol, der die USA angerufen hatte und gegen die Vereinigten Staaten, um diese vor jeder Form der Einmischung zu warnen. Gerade nach dem Interview Eschcols mit der amerikanischen Zeitschrift sollten Schiffe der sechsten Flotte einen Freundschaftsbesuch in Beirut abstaten, was sie schon vorher des öfteren getan hatten. Ägyptische und syrische Blätter sowie radikal-nationale Zeitungen im Libanon verlangten von der libanesischen Regierung, sie solle die Besuchsbitte ablehnen. Dazu konnte sich das Kabinett von Beirut nicht entschließen, aber unter dem Druck der Nationalisten zog sie die Entscheidung über den Besuch "zwecks genauer Prüfung" lange hin.

Diese Spannung um die sechste Flotte nutzte die sowjetische Politik sofort aus, und sie ließ durch Breschnew verkünden, daß die amerikanische Flotte überhaupt aus dem Mittelmeer-Gebiet zu verschwinden habe. Der Kommandeur der Flotte versicherte sofort, an den Dispositionen seiner Schiffe und am Standort werde sich nichts ändern, aber die sowjetische Forderung wird öfter zu hören sein, und sie wird natürlich von den links eingestellten arabischen Staaten übernommen werden.

Die Russen griffen die Angelegenheit der sechsten Flotte auch auf, weil sie es als notwendig ansahen, den radikal-nationalen arabischen Staaten wenigstens moralisch zu Hilfe zu kommen. Das von ihnen gesättigte Links-Regime in Syrien hat im Luftkampf mit Israel eine schwere Niederlage einstecken müssen. Die Syrer versuchten zwar, den Luftzusammenstoß am Tiberiassee in einen Erfolg umzudichten, aber das Ansehen der syrischen Regierung ist sehr gesunken, seit amtliche jordanische Stellen bestätigten, daß die von Syrien eingesetzten MIG-21-Flugzeuge nicht mit scharfer Munition, sondern nur mit Attrappen ausgerüstet waren. Der Verlust von sechs russischen Maschinen innerhalb weniger Minuten war ein Schlag auch gegen das Prestige der russischen Lieferanten. Hätten die Russen schon nicht, was die Syrer eigentlich gehofft hatten, mit massivem Einsatz zu Hilfe kommen können, so reagierten sie wenigstens mit einer Droherklärung an die Adresse Israels, die sich an die Seite von Breschnews Forderung nach Beseitigung der sechsten US-Flotte stellt:

Sowjetische Warnungen

In der Droherklärung, die der israelische Botschafter in Moskau vernehmen mußte, heißt es u a , daß Israels Flugzeug-Aktion am Tiberias eine Provokation gegen einen "unabhängigen arabischen Staat" gewesen sei. Dabei hatte Syrien aus wohlverstandenen Gründen von einer formellen Beschwerde beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgesehen. Israel wird davor gewarnt, "mit Feuer in der Nähe der sowjetischen Grenze zu spielen", obwohl Syrien - ausweislich aller Landkarten - nicht in der Nähe der Grenze der Sowjetunion liegt. Ferner wird Israel weiter gewarnt, sich zum Instrument imperialistischer Komplote machen zu lassen. Diese Formel tauchte schon in früheren russischen Erklärungen auf, und die Russen möchten immer die Dinge so hinstellen, als ob die Amerikaner oder andere gefährliche Imperialisten hinter den Entschlüssen des kleinen Israel stehen. So erklärt sich das zeitliche Zusammenfallen der Forderung Breschnews nach Verschwinden der sechsten Flotte und der sowjetischen Drohung gegen Israel. Zwischen beiden besteht ein organischer Zusammenhang.

Das Prestige Syriens ist militärisch zurückgegangen, das Ansehen Ägyptens fiel besonders wegen seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten - und die Russen versuchen, ihren Anhängern im Mittleren Osten wenigstens etwas moralische Stütze zu geben. Ohne Zweifel werden sie in nächster Zeit sich mehr als bisher für den Mittleren Osten und das Mittelmeer interessieren, und möglicherweise wird der Kalte Krieg hier wieder intensiver werden - zur Enttäuschung Israels, das auf Tauwetter in den Beziehungen zu Moskau gehofft hatte (nachdem es einen höchst positiven Vertrag mit Rumänien unterzeichnen konnte).

In eine schwierige Situation werden die Kommunisten in Israel geraten, die zwar gegen die Aktion der israelischen Flugwaffe aufgetreten waren, die aber auch das Vorgehen Syriens gegen Israel verurteilt und eine gerechte Beurteilung auch der Situation des Staates der Juden verlangt hatten. Über ihre Worte ist Moskau einfach hinweggegangen, das nicht gemäß den Wünschen kommunistischer "Bruderparteien" handelt, sondern eiskalt russisch-politische Interessen berücksichtigt - und diese weisen bis heute in eine ganz andere Richtung.